



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
vom 28.07.2020

Fragen im Zusammenhang mit der Aufsicht über die Wirecard AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen V (Wirecard V)

Die Wirecard AG, hervorgegangen 2005 durch Einbringung der damals nicht börsennotierten Wire Card AG in die am Neuen Markt gelistete InfoGenie Europe AG, welche dann in Wirecard AG (im Folgenden W AG benannt) umbenannt wurde, sorgte immer wieder für negative Schlagzeilen. So war das Unternehmen bereits kurz nach seiner Gründung – Kerngeschäftsfeld war damals die Abwicklung von bargeldlosem Zahlungsverkehr für Kunden und Anbieter von Porno- und Glücksspielseiten – mit Vorwürfen wegen Kursmanipulation, Bilanzfälschung und Geldwäsche konfrontiert. Und auch schon damals ging die W AG gegen die Personen, die es wagten, Geschäftsmodell und Aktivitäten der W AG kritisch zu hinterfragen und ebenso kritisch darzustellen, mit großer Härte und Aggressivität vor: Observationen mit Phishing-Mails und auf anderem Wege, Bedrohungen und Strafanzeigen waren erste Mittel der Wahl.

Das Vorgehen von Finanzaufsicht wie auch von Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden bezüglich der Vorwürfe gegen die W AG und umgekehrt deren Vorwürfe gegen ihre Kritiker waren meist von bemerkenswerter Einseitigkeit gekennzeichnet. Während man mit großem Eifer den Anzeigen der W AG nachging, wurde den Vorhaltungen gegen die W AG augenscheinlich wenig Beachtung geschenkt. Dieses Muster zog sich bis zuletzt mit den Strafanzeigen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gegen zwei Journalisten der Financial Times und fünf britische Börsenhändler aus dem April 2019 durch. Eine wenig rühmliche Rolle spielte beispielsweise auch die Staatsanwaltschaft München I, die in dem im Wesentlichen in den Jahren 2010 bis 2012 laufenden Verfahren gegen eine Gruppe von Börsenjournalisten und Anlegern wegen des Verdachts kursmanipulierender Netzwerktaaten in mehrerlei Hinsicht durch das Verkünden von Unwahrheiten, vulgo durch Lügen, auffällig geworden war. Bereits in dem genannten Verfahren waren Vorwürfe gegen die W AG wegen falscher Jahresabschlüsse 2006 bis 2008, Kursmanipulation und Geldwäsche breit thematisiert worden. Finanzaufsicht und Staatsanwaltschaft gingen diesen Vorwürfen jedoch nicht bzw. nicht hinreichend nach.

Im Zusammenhang mit der Aufsicht über die W AG und mit einschlägigen Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen stelle ich folgende Fragen:

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Waren in den letzten zehn Jahren Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen der W AG Gäste bei Delegationsreisen der Staatsregierung? 3
- b) Wenn ja, um welche Delegationsreisen und welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der W AG handelte es sich hierbei? 3
2. Gab es innerhalb der letzten zehn Jahre Kooperationen, vorbereitende Gespräche oder ähnliche avisierte Kontaktaufnahmen mit Vorstandsmitgliedern oder sonstigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der W AG (oder deren Tochtergesellschaften) bzw. diese beratenden Unternehmen zu den Themenbereichen Datenschutz, Datensicherheit und Cybersicherheit? 3

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

3. a) Gab es Gesprächstermine oder anderweitige Kontaktaufnahmen zwischen Vertretern der Staatsregierung und dem früheren Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor zu Guttenberg, welcher für die W AG über einen längeren Zeitraum beratend tätig war, zu Fragen im Kontext mit der W AG?..... 4
- b) Wenn ja, wer war an diesen Gesprächen oder sonstigen Kontakten beteiligt?..... 4
- c) Was waren Anlass, Inhalt und Ergebnis der Gespräche bzw. der sonstigen Kontakte? 4
4. Hat die Staatsregierung Kenntnis über Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der W AG oder deren Tochtergesellschaften an der Münchner Sicherheitskonferenz in den letzten zehn Jahren? 4
5. Hat die Staatsregierung Kenntnis über Sponsoringaktivitäten von der WAG, von deren Tochtergesellschaften oder von Vorstandsmitgliedern der WAG im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz bzw. der in diesem Rahmen stattfindenden Cybersicherheitskonferenz? 4
6. a) Gab es zwischen dem bis heute verschwundenen Ex-Vorstandsmitglied (sog. Chief Operating Officer) Jan Marsalek, der mutmaßlich beste Kontakte zu verschiedenen Sicherheitsbehörden weltweit pflegte, und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) bzw. dem Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV), dem Landeskriminalamt (BLKA) oder anderen dem StMI unterstellten Behörden Kontakt in Form von persönlichen Treffen, Telefonaten oder anderweitiger Korrespondenz?..... 4
- b) Wenn ja, was waren Inhalte und Grund der Kontakte?..... 4
7. a) Sind innerhalb der letzten zehn Jahre Vorstandsmitglieder der W AG vom Landesamt für Verfassungsschutz oder vom Landeskriminalamt überwacht worden?..... 4
- b) Wenn ja, um welche Vorstandsmitglieder handelte es sich hierbei? 4
8. a) Zu welchem Zeitpunkt und auf welchem Wege haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich und der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann die Information erhalten, Dr. Markus Braun, langjähriger Vorstandsvorsitzender der W AG, würde über weitere Identitäten (sog. echte/falsche Identitäten [Darunter ist zu verstehen, dass es sich bei Dokumenten wie etwa Reisepass, Führerschein oder Geburtsurkunde um authentische Originaldokumente handelt. Diese hoheitlichen Originaldokumente werden beispielsweise nach dem Tod des rechtmäßigen Inhabers neu, einerseits mit dem Namen des verstorbenen Inhabers, andererseits aber mit Bild, Fingerabdruck und biometrischen Daten des „neuen“ Inhabers, in diesem Fall Dr. Markus Braun, ausgestellt.]) verfügen und Zugriff haben auf Konten in Singapur mit Guthaben in zweistelliger Millionenhöhe?..... 5
- b) Wie gingen die drei genannten Herren aus der Staatsregierung mit diesen Informationen um bzw. was wurde veranlasst? 5

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit der Staatskanzlei sowie den anderen Ressorts

vom 29.09.2020

Vorbemerkung:

Angesichts des lange zurückliegenden Zeitraums und der sehr allgemeinen Fragestellung wäre eine vollständige Recherche mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Die Recherchen wurden daher auf eventuelle Kontakte der Kabinettsmitglieder der 17. und 18. Legislaturperiode im Zeitraum vom 10.10.2013 (Bildung der ersten Staatsregierung der 17. Legislaturperiode) bis Bearbeitungsstand 13.08.2020 beschränkt.

Sofern nach Gesprächsterminen u. a. der Staatsregierung mit Vertretern der Wirecard AG gefragt wird, wird die Frage dahin gehend ausgelegt, dass nur nach Treffen und Gesprächsterminen gefragt wird, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Wirecard AG im Rahmen ihrer Tätigkeit für dieses Unternehmen und nach außen hin erkennbar teilgenommen haben.

1. a) **Waren in den letzten zehn Jahren Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen der WAG Gäste bei Delegationsreisen der Staatsregierung?**
- b) **Wenn ja, um welche Delegationsreisen und welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WAG handelte es sich hierbei?**

Mitreisende Wirtschaftsvertreter sind grundsätzlich nicht „Gäste“ der Staatsregierung. Sie sind Teil der Delegation und müssen ihre Reisekosten selbst tragen.

Die damalige Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Ilse Aigner wurde im Jahr 2016, im Rahmen einer Delegationsreise nach Polen, von einem Mitarbeiter von Wirecard, Central Eastern Europe, begleitet. Es handelte sich hierbei um den Managing Director Wirecard, Central Eastern Europe.

Im Juli 2017 nahmen eine Mitarbeiterin von Wirecard sowie der Geschäftsführer von Wirecard Brazil auf Vorschlag des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, an einzelnen Terminen im Rahmen einer Reise der damaligen Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Dr. Beate Merk, nach São Paulo teil.

2. **Gab es innerhalb der letzten zehn Jahre Kooperationen, vorbereitende Gespräche oder ähnliche avisierte Kontaktaufnahmen mit Vorstandsmitgliedern oder sonstigen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der WAG (oder deren Tochtergesellschaften) bzw. diese beratenden Unternehmen zu den Themenbereichen Datenschutz, Datensicherheit und Cybersicherheit?**

Für die Wirecard AG hat der ehemalige Landespolizeipräsident (LPP) Waldemar Kindler ein Arbeitstreffen mit einem Vertreter der Wirecard Bank AG (eine Tochtergesellschaft der Wirecard AG) im Landeskriminalamt (BLKA), SG 626 (Geldwäsche, Vermögensabschöpfung) am 20.03.2018 von 10.00 Uhr bis 12.30 Uhr initiiert. Vonseiten der Wirecard Bank AG nahm ausschließlich Herr Markus Kohlpaintner in seiner Funktion als Geldwäschebeauftragter der Wirecard Bank AG an diesem Termin teil. Als Vertreter des BLKA nahmen der Leiter des Sachgebiets 626, der Dezernatsleiter 62 und zeitweise ein Mitarbeiter des Sachgebiets 521 (als Ansprechpartner für das Thema Kryptowährungen) teil. Herr Waldemar Kindler nahm ebenfalls an dem Gespräch teil.

Zum Gesprächsgegenstand kann zusammenfassend mitgeteilt werden, dass mögliche Maßnahmen der Wirecard AG zur Prävention von Geldwäsche, Betrug bzw. Terrorismusfinanzierung sowie Fragen zum Bereich Kryptowährungen besprochen wurden.

- 3. a) Gab es Gesprächstermine oder anderweitige Kontaktaufnahmen zwischen Vertretern der Staatsregierung und dem früheren Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Karl-Theodor zu Guttenberg, welcher für die W AG über einen längeren Zeitraum beratend tätig war, zu Fragen im Kontext mit der W AG?**
- b) Wenn ja, wer war an diesen Gesprächen oder sonstigen Kontakten beteiligt?**
- c) Was waren Anlass, Inhalt und Ergebnis der Gespräche bzw. der sonstigen Kontakte?**

Nach Prüfung der vorliegenden Informationen ist nicht festzustellen, dass es im Zeitraum vom 10.10.2013 bis heute Gesprächstermine oder anderweitige Kontaktaufnahmen zwischen der Staatskanzlei und den anderen Ressorts mit dem ehemaligen Bundesminister Karl-Theodor zu Guttenberg zu Fragen im Kontext der Wirecard AG gab.

- 4. Hat die Staatsregierung Kenntnis über Teilnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der W AG oder deren Tochtergesellschaften an der Münchner Sicherheitskonferenz in den letzten zehn Jahren?**

Den vorliegenden Informationen kann nicht entnommen werden, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirecard AG oder deren Tochtergesellschaften an der Münchner Sicherheitskonferenz in den letzten zehn Jahren teilgenommen haben.

- 5. Hat die Staatsregierung Kenntnis über Sponsoringaktivitäten von der W AG, von deren Tochtergesellschaften oder von Vorstandsmitgliedern der W AG im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz bzw. der in diesem Rahmen stattfindenden Cybersicherheitskonferenz?**

Die Staatsregierung ist nicht Veranstalter der genannten Konferenz und auch nicht in deren Organisation eingebunden. Sie hat daher keine Kenntnis über derartige Sponsoringaktivitäten. Bei eigenen Veranstaltungen der Staatsregierung am Rand der Münchner Sicherheitskonferenz gab es kein Sponsoring der Wirecard AG, von deren Tochtergesellschaften oder von Vorstandsmitgliedern der Wirecard AG.

- 6. a) Gab es zwischen dem bis heute verschwundenen Ex-Vorstandsmitglied (sog. Chief Operating Officer) Jan Marsalek, der mutmaßlich beste Kontakte zu verschiedenen Sicherheitsbehörden weltweit pflegte, und dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) bzw. dem Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV), dem Landeskriminalamt (BLKA) oder anderen dem StMI unterstellten Behörden Kontakt in Form von persönlichen Treffen, Telefonaten oder anderweitiger Korrespondenz?**
- b) Wenn ja, was waren Inhalte und Grund der Kontakte?**

Vorbemerkung:

Aus Sicht der Staatsregierung sind unter „Kontakten“ im Sinne der Fragestellung („Jan Marsalek, der mutmaßlich beste Kontakte zu verschiedenen Sicherheitsbehörden weltweit pflegte“) Besprechungen außerhalb eines Ermittlungsverfahrens zu verstehen. Nicht darunter fallen also beispielsweise Zeugen- oder Beschuldigtenvernehmungen.

Nach Aktenlage bzw. Erinnerung bestanden seitens des StMI, der Regierungen, der Polizeipräsidien, des BayLfV und des BLKA keine entsprechenden behördlichen Kontakte zu dem Ex-Vorstandsmitglied Jan Marsalek.

- 7. a) Sind innerhalb der letzten zehn Jahre Vorstandsmitglieder der W AG vom Landesamt für Verfassungsschutz oder vom Landeskriminalamt überwacht worden?**
- b) Wenn ja, um welche Vorstandsmitglieder handelte es sich hierbei?**

Weder dem BayLfV noch dem BLKA liegen Erkenntnisse i. S. d. Fragestellung vor.

- 8. a) Zu welchem Zeitpunkt und auf welchem Wege haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der Staatsminister der Justiz Georg Eisenreich und der Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann die Information erhalten, Dr. Markus Braun, langjähriger Vorstandsvorsitzender der W AG, würde über weitere Identitäten (sog. echte/falsche Identitäten [Darunter ist zu verstehen, dass es sich bei Dokumenten wie etwa Reisepass, Führerschein oder Geburtsurkunde um authentische Originaldokumente handelt. Diese hoheitlichen Originaldokumente werden beispielsweise nach dem Tod des rechtmäßigen Inhabers neu, einerseits mit dem Namen des verstorbenen Inhabers, andererseits aber mit Bild, Fingerabdruck und biometrischen Daten des „neuen“ Inhabers, in diesem Fall Dr. Markus Braun, ausgestellt.]) verfügen und Zugriff haben auf Konten in Singapur mit Guthaben in zweistelliger Millionenhöhe?**
- b) Wie gingen die drei genannten Herren aus der Staatsregierung mit diesen Informationen um bzw. was wurde veranlasst?**

Mit E-Mail vom 22.07.2020 wandte sich eine Person an verschiedene Ressorts der Staatsregierung und teilte Informationen insbesondere im Hinblick auf Aliaspersonalien und Bankkonten des Beschuldigten Dr. Markus Braun und eines weiteren Beschuldigten mit. In der Folge wurde dieses Schreiben vom Fachreferat des zuständigen Staatsministeriums der Justiz zuständigkeitshalber an die Staatsanwaltschaft München I und darüber hinaus vom zuständigen Fachsachgebiet im StMI an das Polizeipräsidium München zur Sachbearbeitung weitergeleitet. Die dortigen Prüfungen der Informationen dauern noch an.